



BREMEN

LANDESJOURNAL

TARIFVERHANDLUNGEN

Es geht uns alle an!

Es ist wieder soweit. Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder (außer Hessen und Berlin) sind eröffnet. Wir haben eine kurze und knappe Forderung aufgestellt: Tabellenentgelte und Entgelte der Auszubildenden sollen um einen Sockelbetrag in Höhe von 50 € erhöht werden plus 3 % mehr Gehalt. Die Gewerkschaften streben eine Laufzeit von 14 Monaten an, also bis zum 28. Februar 2012. Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamtinnen und Beamten wird ebenfalls gefordert. Dazu eine Öffnungsklausel für Altersteilzeitregelungen für regionale Tarifverhandlungen. Die Arbeitgeber haben diese moderate und gerechte Forderung nach einer Einkommenserhöhung als überzogen abgetan.



Axel Kniefs

Seit 2006 finden ca. alle zwei Jahre Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder statt. Das Ergebnis dieser Tarifverhandlungen war in den letzten Jahren die Verhandlungsbasis für die Beamtinnen und Beamten der Länder. Eine Forderung zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses war und ist immer Bestandteil der tariflichen Forderung. Seit 2005 finden ebenfalls ca. alle zwei Jahre Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Kommunen statt. Auch hier ist das Tarifergebnis Grundlage für die Besoldungsverhandlungen der Beamtinnen und Beamten des Bundes. Der überwiegende Teil der Tarifbeschäftigten in Bremen fällt unter den TV-L (Tarifvertrag Länder), die Tarifbeschäftigten in Bremerhaven unterliegen dem TVÖD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst). Somit sind die Gewerkschaften jedes Jahr in Tarifverhandlungen. 2006 mussten die Beschäftigten der Länder für den Erhalt des

Flächentarifvertrags kämpfen. Hierbei ging es nicht nur um den Erhalt des Flächentarifvertrages, sondern auch um den drohenden Verlust des Weihnachtsgeldes, einer radikalen Erhöhung der Arbeitszeit und einer drohenden Nullrunde im Einkommensbereich.

2011 stehen wir wieder vor einer entscheidenden Einkommensrunde. Schon lange bevor die Gewerkschaften sich überhaupt über die Formulierung einer Tarifforderung Gedanken gemacht hatten, tat unsere Finanzsenatorin Frau Linnert kund, dass sie ein abweichendes Tarifergebnis für die sogenannten notleidenden Länder anstrebt. Vor wenigen Tagen ist sie offensiv im Weser-Kurier damit umgegangen und startete somit einen Angriff auf die Tarifgemeinschaft.

Ein Notlagentarifvertrag, wie auch die Ankündigung, im Zweifelsfall aus der Tarifgemeinschaft der Länder auszutreten, würde eine Abkoppelung der bundeseinheitlichen Einkommens- und Tarifentwicklung für Bremen bedeuten. Man kann dieses Vorsprechen auch schnell als Tarifikat ansehen.

Berlins aus der Tarifgemeinschaft der Länder kostete die Beschäftigten jahrelange Einkommenseinbußen von bis zu 12% ihres Einkommens. Die Aufwendungen für die Lebenshaltung steigen in den armen wie auch in den reichen Bundesländern gleich stark an, daher kann es nicht sein, dass einige Beschäftigte, die im falschen Bundesland arbeiten, von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgeschnitten werden. Es kann auch nicht sein, dass die Beschäftigten die Zeche für eine falsche Haushaltspolitik in Bremen zahlen sollen. Wir dürfen nicht vergessen, dass bereits jetzt schon feststeht, dass fast 1000 Arbeitsplätze im bremischen öffentlichen Dienst gestrichen werden sollen.

Die Vergangenheit hat es gezeigt, Privatisierung ist kein Allheilmittel und schon gar nicht für umsonst zu haben. Die wirtschaftlichen Eckdaten sind auf unserer Seite.

Da der Verhandlungsführer die Schlichtungsvereinbarung aufgekündigt hat, muss ein Tarifergebnis im Rahmen der Tarifverhandlungen erzielt werden. Daher lasst uns gemeinsam, Tarifbeschäftigte wie auch Beamte/-innen Frau Linnert im Rahmen einer **Großkundgebung am 3. März 2011 auf dem Marktplatz** zeigen, was wir von einem Notlagentarifvertrag oder gar einem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder halten. Nur eine sehr große Beteiligung an der Kundgebung wird einen bleibenden Eindruck hinterlassen. In 2011 geht es nicht nur um unser Geld, sondern auch um die zukünftige Einkommensentwicklung eines jeden Einzelnen.

Axel Kniefs



Erneuter Wunsch unserer Finanzsenatorin? Wir können ihn erfüllen!

Frau Linnert, so beginnt man keine ernsthaften Verhandlungen.

Berlin hat es gezeigt, der Austritt



Meilensteine und Hemmschuhe

Erste Messe des bremischen öffentlichen Dienstes und ihre Schirmherrin
– meine Interpretation politischer Worte – von Petra Senger

Am 3. 2. fand die erste Messe des bremischen öffentlichen Dienstes statt. Toll, was alle Mitwirkenden dort geleistet haben, durch viel Arbeit, Engagement und Einsatzfreude! Ich muss sagen, eine wirklich gelungene Veranstaltung! Mit Sicherheit eine mit viel Arbeit verbundene Messe, in denen sich viele Bereiche des öffentlichen Dienstes vorstellten, Workshops angeboten und Vorträge gehalten wurden. Auch für das leibliche Wohl war reichlich und gut gesorgt!

Die Messe sollte dazu dienen, einmal über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, zu sehen, wie werden in anderen Bereichen Projekte umgesetzt und was bietet der öffentliche Dienst eigentlich alles. Z. B. war mir der Umfang, in dem der

öffentliche Dienst Ausbildungsmöglichkeiten bietet, gar nicht bekannt. Die Workshops zeigten zum Teil neue Handlungs- bzw. Verhaltensmöglichkeiten auf, allemal lohnenswert, sie für sich umzusetzen und in die Dienststellen einzubringen, z. B. zu gesundheitlichen Aspekten. Es liegt nur an jedem selbst, dies anzupacken und nicht darauf zu warten, dass „die anderen“ das machen.

TERMIN

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe 2011, Landesjournal Bremen, ist der 14. März 2011.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

Eröffnung durch Finanzsenatorin

Die Messe eröffnete die „Schirmherrin“ der Veranstaltung, Frau Karoline Linnert, Finanzsenatorin. Auch sie würdigte das große Engagement der die Messe Ausrichtenden und daran Mitwirkenden. Sie sprach über das verantwortungsbewusste Engagement und die Gestaltungsfähigkeit aller Beschäftigten der bremischen Verwaltung und dass diese trotz schmerzhafter Einschnitte insgesamt bürgerorientiert und leistungsfähiger geworden ist. Der Name Meilensteine solle ausdrücken, was wir in den meisten Dienststellen tagtäglich erleben: Der öffentliche Dienst hat sich auf den Weg gemacht, um sich auf die sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen einzustellen.

Bis zu diesem Zeitpunkt habe ich so für mich gedacht: „Das ist ja doch eine ganz sympathische Frau!“ Doch dann kam der erste Vermutstropfen, als Frau Linnert sich zum Schluss ihrer Rede mit den Worten verabschiedete, sie könne sich aus Zeitgründen die Messe nicht mehr anschauen, da sie arbeiten müsse!

Was wollte sie uns, den Besuchern der Messe, damit sagen? War es Spaß? Oder hält sie uns alle für Drückeberger, die jede Gelegenheit nutzen, um ihrer eigentlichen Arbeit zu entgehen? Ja, was meint sie denn wohl, die Frau Linnert, was wir dort gemacht haben? Wir haben uns über

den Tellerrand bewegt, weil es wichtig ist zu sehen, was sich außerhalb unserer Dienststelle im öffentlichen Dienst bewegt, weil wir Informationen erhalten, gesammelt und an Workshops teilgenommen haben, um die Ergebnisse in den Dienststellen weiterzugeben und das eine oder andere dort auch umsetzen oder an-



regen können, um die Arbeitsproduktivität und Arbeitsmotivation steigern oder zumindest erhalten zu können! Auch dieses sehe ich als Arbeit und Aufgabe an! Unsere eigentliche Arbeit von diesem Tag muss schließlich nachgearbeitet werden, die wird uns nicht abgenommen! Stellt sich für mich die Frage, ob die Teilnahme an dieser Veranstaltung nicht auch Arbeit – vielleicht sogar Mehrarbeit – war?

Die Krönung der ganzen Angelegenheit las ich dann am nächsten Tag in der Tageszeitung: Frau Linnert setzt die verhandelnden Gewerkschaften – also uns Beschäftigte im öffentlichen Dienst – unter Druck mit der Drohung, aus der Tarifgemeinschaft der Länder auszutreten, da sie eine Kostensteigerung beim Personal von mehr als 0,9!!!% nicht in den kommenden Haushalt aufgenommen habe. Alles darüber Hinausgehende hätte Personaleinsparungen zur Folge (wo und wie wohl das noch, hat sie doch bereits eingeplant, bis 2014 ohne Wenn und Aber 950 Stellen einzusparen!).

Das fühlt sich für mich wie ein Schlag ins Gesicht an! Mehr sind wir nicht wert? Einen Tag würdigt sie den Einsatz und das Engagement aller Beschäftigten, den nächsten Tag tritt sie es! Also alles nur leere Worte? Heuchelei? Politisches Gerede? In einem Bericht im Weser-Kurier vom 4. 2. spricht sie davon, zu groß sei der finanzielle Schaden, wenn einem Abschluss zugestimmt wird, der in Bremen gar nicht bezahlt werden könne!

Immer wieder lese ich, die Wirtschaftskrise sei überwunden, die Wirtschaft boomt, die Konjunktur steigt. Das heißt für mich im Umkehrschluss, es wird mehr



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



FACHGRUPPE STADTAMT

produziert, exportiert, gekauft und folglich u. a. auch mehr Steuern eingenommen. Wo bleiben die Einnahmen daraus? Was macht die öffentliche Hand mit den Mehreinnahmen? Wir Beschäftigten im öffentlichen Dienst spüren davon nichts, im Gegenteil, wir müssen weiter sparen, sparen, sparen und uns als Bittsteller oder Wegelagerer vorkommen, wenn wir nur annähernd angemessene Lohnsteigerungen fordern. Und dieses Spiel hat noch lange kein Ende: Schließlich hat der Staat 1,8 Billionen!! (wie viele Nullen hat diese Zahl wohl?) Euro Altschulden zu tragen. Diese gilt es bis zum Jahre 2020 soweit in den Griff zu bekommen, dass eine Neuverschuldung ausgeschlossen ist. So sagt es uns die Föderalismusreform II! Was sagt uns das? Natürlich! Das Sparen

– insbesondere an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – hat noch lange kein Ende! Und was kommt dann, wenn dieses Ziel erreicht werden sollte (glaube ich nicht, wir haben ja nebenher noch die Welt zu retten!)?

Sollen wir uns das weiter gefallen lassen? Wir erbringen eine Dienstleistung – und das nicht wenig – geben alles und noch mehr! Dafür können wir eine angemessene Bezahlung erwarten. So ist es auch in der freien Wirtschaft. Wir sind keine Bittsteller! Stellt sich doch auch einmal wieder die Frage, wie soll öffentlicher Dienst funktionieren, wenn es nicht seine Beschäftigten gäbe? Wie sollen Motivation und Engagement funktionieren, wenn es nicht entsprechend gewürdigt wird?

In Anbetracht der laufenden Tarifverhandlung sollten wir noch einmal alle in uns gehen und fragen, ob es nicht Zeit ist, dem öffentlichen Arbeitgeber zu zeigen: „Mit uns nicht mehr!“ Der letzte Streik sitzt uns noch allen in den Knochen! Wer hätte damals damit gerechnet, dass dieser sich über 12 Wochen hinziehen würde? Keiner! Aber wir können noch mehr und noch länger! Es stellt sich hier die Frage, kann sich das ein Staat erlauben? Zu groß ist doch der finanzielle Schaden, der hieraus erwächst!

Ich sehe uns – Rentner/Pensionäre – im Jahre 2025 in der Schlange vor der Kantine „Speisung der Bediensteten des öffentlichen Dienstes“ geduldig warten und stolz sagen: „Aber wir sind die Retter der Welt!“

KREISGRUPPE BREMERHAVEN

Wachwechsel

In Bremerhaven hat es einen vielbeachteten Wachwechsel gegeben. Jörg Schulz hat sich als Oberbürgermeister beurlauben lassen und der vormalige Sozialdezernent der Stadt, Melf Grantz, wurde von der Stadtverordnetenversammlung zu seinem Nachfolger gewählt.

Das gibt uns als Kreisgruppe Gelegenheit, uns bei Jörg Schulz für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. Jörg Schulz war als Polizeidezernent ein kritischer, anspruchsvoller und äußerst kompetenter Gesprächspartner, der die Standpunkte der GdP in vielen Fragen geteilt und unterstützt hat. Als Oberbürgermeister hat Jörg Schulz für die Stadt Bremerhaven im Allgemeinen, aber auch für die Ortspolizeibehörde und das Bürger- und Ordnungsamt viel erreicht.

Wie sein Vorgänger ist Oberbürgermeister Melf Grantz Jurist und Sozialdemokrat. Melf Grantz ist 1962 in Bremerhaven geboren und war zunächst ab 1988 in der Seestadt als Rechtsanwalt tätig. Bevor Melf Grantz am 1. Januar dieses Jahres das Amt des Oberbürgermeisters übernommen hat, war er seit März 2008 hauptamtlicher Dezernent für Soziales, Jugend, Familie und Frauen sowie für die Arbeitsmarktpolitik.

Und so kann es kaum verwundern, dass der neue Oberbürgermeister in der Arbeitsmarktpolitik einen Schwerpunkt seiner bevorstehenden Amtszeit sieht. Angesichts der Finanzlage sei Ideenreichtum gefragt, erklärte Melf Grantz in einem Interview mit Radio Bremen. Ideenreichtum gehört zu den anerkannten Stärken unserer Gewerkschaft. Insofern ist die Basis für eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Dezernenten gesetzt.

In einem ersten Gespräch mit dem Kreisgruppenvorsitzenden wurde Oberbürgermeister Grantz dann auch seinem Image als sympathischer und kompetenter Gesprächspartner absolut gerecht. Der neue Dienstvorgesetzte war bereits sehr gut über die Probleme der Polizei und der Ordnungsbehörde informiert



Oberbürgermeister unter sich – Jörg Schulz (li.) übergibt den Schlüssel seines Büros an seinen Nachfolger Melf Grantz.

und zeigte sich vielen unserer Ansätze ausgesprochen aufgeschlossen gegenüber. Als Kreisgruppe freuen wir uns auf die Zusammenarbeit mit Melf Grantz, dem wir für das schwere Amt, das er übernommen hat, alles Gute und viel Erfolg wünschen.

Jörg Eilers



Wen bremst die Schuldenbremse aus?

Kürzlich konnten wir im *We-
ser-Kurier* lesen, dass *Finanz-
senatorin Karoline Linnert* eine „vehemente Verteidigerin der Schuldenbremse“ sei. *Schuldenbremse klingt gut. Endlich beginnt der Staat zu sparen, könnten die ahnungslosen Bürgerinnen und Bürger denken. Doch auf wessen Kosten eigentlich und werden alle einbezogen?*

Was ist eigentlich die „Schuldenbremse“?

Ab 2016 darf der Bund und ab 2020 dürfen die Länder keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Neu ist das nicht. Schon die rot-grüne Koalition hatte einen schuldenfreien Haushalt für 2011 versprochen. Der damalige Finanzminister Hans Eichel trieb ein Projekt voran, das dem Staat weniger Einnahmen und den Privathaushalten sowie den Unternehmen mehr Geld bescheren sollte.

Die Auffassung des DGB ist dazu, dass die Schuldenbremse ein Teil einer „neoliberalen Revolution“ sei, die den Staat dorthin zurückschicken soll, wo er sich Mitte des 19. Jahrhunderts bereits befand. Er soll wieder zum Nachtwächterstaat werden, mit wenig Geld und wenig Einfluss.

Lobbyisten wie Professor Rürup (AWD-Holding) oder Professor Sinn (Hypo-Vereinsbank) beraten die Regierung dabei.

Staatliche Schulden sind kein Sündenfall

Dass der Staat Schulden macht, ist im Prinzip kein Sündenfall. Das Aufnehmen von Krediten versetzt ihn in die Lage, nicht von der Hand in den Mund leben zu müssen und langfristige Vorhaben zu sichern. Auch die Kapitalgeber ziehen Vorteile daraus. Sie erzielen Gewinne, indem sie Staatsanleihen kaufen und verkaufen. Darüber hinaus ist es eine sichere Anlage, dem Staat Geld zu leihen.

Doch Anfang der 70er-Jahre wurde der Staat mehr und mehr als Konkurrent am Markt der Finanzdienstleister wahrgenommen. Die fixe Idee eines „schlanken Staats“ wurde geboren, der ohne Anleihen auskommen und keine Schulden mehr machen sollte, um spätere Genera-

tionen angeblich nicht zu belasten. Selbstverständlich darf man die Frage stellen, ob der Staat alles auf Kredit finanzieren muss. Er muss nicht. Der Staat könnte dafür Sorge tragen, dass die Umverteilung von unten nach oben gestoppt wird. Im letzten Jahrzehnt hat er freiwillig auf Einnahmen in Höhe von 335 Milliarden Euro verzichtet.

Öffentlicher Dienst Schlusslicht in Europa

Die Folgen dieses Einnahmeverzichts treten vor allen Dingen in den Kommunen öffentlich zutage. Löcher in den Straßen und marode öffentliche Bauten füh-



ren uns die Armut vieler Kommunen vor Augen.

Das ist der sichtbare Teil dieser Armut. Der unsichtbare liegt im Bereich des Personals im öffentlichen Dienst. In den nächsten Jahren soll es nach dem Willen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder weitere brutale Einschnitte im Personalhaushalt geben. Allein auf Bundesebene sollen 10 000 Stellen eingespart werden. In Bremen rund 1000 Stellen, obgleich hier in den vergangenen Jahren bereits 25% des Personals eingespart wurden. Die Regierungen des Bundes und der Länder stützen die Legende, dass es noch viel zu viel Personal in den öffentlichen Verwaltungen gäbe. So auch Karoline Linnert.

Noch in den 90er-Jahren wurden 9% des Bruttosozialprodukts für den öffentlichen Dienst bereitgestellt. Heute sind es 7%. Der derzeitige Durchschnitt auf europäischer Ebene liegt bei 10,5% des BSP. Um dieses Niveau zu erreichen,



Horst Göbel

müssten in Deutschland 80 Milliarden mehr Euro für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst ausgegeben werden. Der öffentliche Dienst in Deutschland ist mit einem Anteil von 10% an der Gesamtbeschäftigung gemeinsam mit Polen und Griechenland das Schlusslicht in Europa. Der Anteil in den skandinavischen Ländern und Frankreich liegt bei 25%.

Folgen des andauernden Personalabbaus sind hohe physische und psychische Belastungen, die die Fehlzeiten ansteigen lassen. Aufgaben werden nicht abgebaut, sondern wachsen stetig. Damit wächst der Druck auf die Beschäftigten.

Nicht nur mit Personalkürzungen wollen die Regierungen des Bundes und der Länder sparen. Das wollen sie auch mit Nullrunden oder geringen Einkommenszuwächsen erreichen. Es wird nie den richtigen Zeitpunkt für vernünftige Gehaltserhöhungen geben. Entweder muss gerade eine Finanzkrise bewältigt werden oder, wenn die Privatwirtschaft wieder boomt, muss der Staat das für die Banken hingelegte Geld wieder einsparen. Haushaltsnotlagen oder auch die Schuldenbremse sind wunderbare Totschlagargumente. Wenn es danach ginge, dürften die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den nächsten 50 Jahren keine Erhöhungen erwarten.

Die Schuldenbremse ist ein Instrument, um den Staat noch ärmer zu machen. Denn damit entfallen für die Regierenden die Gründe, um über eine Umverteilung von oben nach unten nachzudenken. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger mit geringen und mittleren Einkommen. Leidtragende sind aber auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Horst Göbel
Landesvorsitzender



Das Ende des JED

Nach der Infoveranstaltung am 7. 2. 2011 zur neuen Direktion S4 ist es nun klar: Den JED gibt es nicht mehr. Das ist nicht neu.

Was jedoch neu ist, die Mitarbeiter des JED werden nicht, wie bei der einen oder anderen Bürgerveranstaltung verbreitet, als Jugendermittler weiter ihren Dienst versehen!

Sie haben zwar das Recht erhalten, nach Absolvierung des Ermittlerlehrgangs weiter in den Kommissariaten ihren Dienst zu versehen, was ich nur fair finde, da sie bereits seit Jahren auch in der Sachbearbeitung aktiv waren, doch lediglich die Hälfte der Kollegen sind tatsächlich noch für die Jugendsachbearbeitung vorgesehen.

Für den Bereich des Bremer Südens bedeutet dies zum Beispiel, dass lediglich eine halbe Stelle mehr in der Jugendsachbearbeitung vorgesehen ist und dafür drei JED-Stellen gestrichen werden. In den anderen Bereichen sieht es da nicht viel besser aus. Von 17,5 JED-Stellen werden neun Stellen in den Kommissariaten verwendet. Kurioserweise wurde in jedem Kommissariat auch eine halbe Stelle vergeben, was zum einen wieder einmal die Wertschätzung des Personals zeigt und zum anderen verdeutlicht, dass Stellenvergabe reine Mathematik ist.

Nebenbei wird dann aber auch klar gemacht, dass ja dann zukünftig neben der Sachbearbeitung noch personenorientierte Berichte gefertigt werden sollen, das Schwellentäterkonzept umgesetzt wird und noch das Patenprinzip ein Ziel ist.

Entweder glaubt man in der Führung mal wieder, dass ein Jugendsachbearbeiter durch Zellteilung einfach seine Arbeitskraft verdoppeln kann oder man geht davon aus, dass wir in diesem Bereich nichts zu tun haben.

Bisher war das Erfolgskonzept die enge Begleitung eines Episoden-/Schwellentäters. Hierfür benötigt man aber Zeit und Personal. Beides ist offensichtlich wie in früheren Zeiten nicht mehr vorgesehen.

Fazit: Die Bekämpfung der Jugendkriminalität war mal ein großes Ziel der Polizei, jetzt ersetzt man es durch Visionen.

Man kann nur hoffen, dass diese Entwicklung lediglich dem Personalmangel geschuldet ist und alsbald wieder in vernünftige Bahnen gelenkt wird.

*Peter Schurwanz,
Jugendsachbearbeiter, FG Schutzpolizei*

RECHTSSCHUTZ

Vorrats-Käfighaltung von Kollegen im Zeugenstatus

Eine Nachlese zu Durchsuchungen beim ZED Süd

Am 26. 2. 2008 wurden die diensthabenden Beamten und Beamtinnen des ZED Süd durch Beamte des LKA Niedersachsen in Anwesenheit von zwei bremischen Staatsanwälten vorläufig festgenommen und vernommen. Nach einem Dienstbeginn um 8.00 Uhr an der Dienststelle wurde damals bei Dauerregen eine Übung durchgeführt, bis alle Beamten/-innen sich um 14.00 Uhr im Besprechungsraum versammeln mussten. Ihre völlig durchnässte Einsatzkleidung mussten alle über viele Stunden dort anbehalten.

Der Einsatzleiter des LKA Niedersachsen informierte darüber, dass Ermittlungen gegen einzelne Beamte des ZED Süd geführt werden. Die konkreten Anschuldigungen und die tatverdächtigen Beamten wurden nicht benannt. Auf gezielte Nachfragen einzelner ZED-Beamter/-innen zu ihrem Status – Beschuldigter oder Zeuge – erklärte der Einsatzleiter, dass sie dieses erst bei der eigenen Vernehmung erfahren würden. Abschließend verhängte er ein absolutes Kommunikationsverbot im Besprechungsraum, das für alle Gespräche untereinander als auch für Telefongespräche galt. Die Staatsanwälte – als Herren

des Ermittlungsverfahrens – waren hierbei zugegen. Das Fenster im Raum durfte nicht geöffnet, die Toilette nur begleitet besucht werden, ebenso fanden Raucherpausen nur unter Bewachung durch das LKA Nds statt. Auf Unmutsäußerungen der betroffenen Kollegen drohte der Einsatzleiter den Zeugen bei nur einem weiteren Wort eine Unterbringung in einer Zelle des damaligen Reviers Neustadt an. Auch nach Stunden durften die Beamten/-innen, die mit ihrer erwarteten Heimkehr längst viele Stunden überfällig waren, ihre Familien nicht anrufen. Die Entlassung dieser Zeugen dauerte teilweise bis nach

21.00 Uhr. Durchsuchungsbeschlüsse und -protokolle wurden hinsichtlich der durchsuchten Spinde den Zeugen nicht gezeigt oder ausgehändigt.

Dieses Vorgehen des LKA Nds und der bremischen Staatsanwälte kann man hinsichtlich der Beamten und Beamtinnen des ZED Süd im Zeugenstatus nur als „Vorrats-Käfighaltung von Zeugen“ bezeichnen. Rechtsgrundlagen für ein derartiges rüdes Vorgehen sind nicht ersichtlich. Vielmehr dürften hier die Straftatbestände der Freiheitsberaubung und der Nötigung im Amt verwirklicht worden sein.

In dieses Bild passt es dann auch, dass ein vor Ort erschienener Rechtsanwalt eines beschuldigten Beamten des ZED Süd nicht zu seinem Mandanten durchgelassen wurde: Schlimmer geht es nicht mehr!

Der Unterzeichnende hat nunmehr bei der Generalstaatsanwaltschaft in Bremen Akteneinsicht in entsprechende Ermittlungsverfahren gegen Beamte des LKA

Fortsetzung auf Seite 6



Jubilarehrung der Senioren 2010

Karl-Heinz Bähr und Karl Enter 75 Jahre in der Gewerkschaft

Die GdP hat am 3. 12. 2010 alle diesjährigen Jubilare, die im Ruhestand sind, auf der Weihnachtsfeier der Fachgruppe Senioren geehrt. Die Ehrung wurde vom Landesvorsitzenden der GdP, Horst Göbel, und vom Fachgruppenvorsitzenden der Senioren, Wolfgang Karzenburg, vorgenommen.

Ein besonderer Dank gilt Karl-Heinz Bähr und Karl Enter, die wir für 75 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit ehren durften.

Auf 60 Jahre Mitgliedschaft können zurückblicken:

Guido Fey, Walter Pries und Heinz Himmelstoss.

Für 50-jährige Mitgliedschaft wurden geehrt:

Christian Nolze, Hermann Raschke-witz, Baldur Faust, Hans Mondry und August Lindemann

40 Jahre Mitglied in der Gewerkschaft sind:



Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren und Danke für die Treue zur GdP

Rolf Ballhoff, Gudrun Borchers, Werner Brennstein, Klaus Eggers, Friedrich Flohr, Peter Goldmann, Rolf Herderhorst, Hans-Peter Kobza, Egmont Kozlowski, Norbert Lichtner, Werner Lüdeke, Anton-Günther Lürßen, Adolf Mendling, Rolf Nierstenhöfer, Bernd Nowakowski, Norbert Röhl, Hans Rutenberg, Erik Specka, Horst-Günter

Spencker, Hinrich Struss, Horst Szameitat und Henning Vahjen.

Geehrt wurden für 25 Jahre:

Herbert Fischer, Marion Herwig und Elisabeth Meyer

Wir gratulieren allen Jubilaren und wünschen ihnen für ihre Zukunft vor allem Gesundheit und Zufriedenheit!

Anne Wohlers

RECHTSSCHUTZ

Fortsetzung von Seite 5

Nds. und der StA Bremen im Namen von betroffenen Mitarbeitern des ZED Süd beantragt und wird Schadensersatzansprüche aus der offensichtlich rechtswidrigen Freiheitsberaubung gegen jene „Rambos“ und ihre Dienstherrn geltend machen.

Wer anderen Beamten Verfehlungen bei der Dienstausbübung vorhält, sollte tunlichst darauf achten, selbst einwandfrei zu arbeiten und rechtsstaatlich zu handeln. Dieses ist am 26. 2. 2008 beim ZED Süd nicht geschehen und muss zwingend Konsequenzen haben. Die Zeit allein und Mitarbeitergespräche werden diese Wunden nicht heilen. Gemeinsame Werte und gegenseitiger Respekt sollten auch bei Ermittlungen gegen Polizeibeamte und bei dem Umgang mit internen Zeugen wieder selbstverständlich und zum Leitbild zukünftigen Handelns werden.

Bernd Stege
Rechtsanwalt in Bremen

FACHGRUPPE SENIOREN

Termine im März

Bremen:

Donnerstag, 10. März 2011, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Bremerhaven:

Dienstag, 8. März 2011, 16.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner, Reuterhamm

Wir freuen uns über Kolleginnen und Kollegen, die jetzt in den Ruhestand gegangen sind. Kommt doch einfach einmal vorbei in Bremen oder Bremerhaven.

Wolfgang Karzenburg



Neue gesetzliche Vorschriften beim Umgang mit Energie

Nach Vorankündigung hielt der **Bezirksschornsteinfeger Andreas Giesges als Energieexperte, wie sie neuerlich genannt werden, ein ausführliches Referat bei unserer Sitzung am 12. Januar über den Gesamtkomplex „Umgang mit Energie beim Heizen und die neuen gesetzlichen Vorschriften dazu“.** Als Co-Referent fungierte Herr Waldow in Sachen Heizungstechnik und Abgasführung.

Vor vollbesetztem Haus, Stühle mussten zusätzlich herangeschafft werden, referierte Herr Giesges ungefähr zwei Stunden über das o. g. Thema. Zur besseren Transparenz brachte er für jeden Zuhörer eine gebundene Mappe mit allerlei Wissenswerten über diesen Themenkomplex mit. Im Einzelnen ging es u. a. um Rauchwarnmelder, die demnächst für alle Wohnungen und Häuser Pflicht werden, den Energieausweis, den hydraulischen Abgleich, die Feuerstättenschau, die freie Wahl des Schornsteinfegers ab 2013, die Thermografie, die Zeiträume

der Stilllegung von Festbrennstoffstellen (Kachelöfen etc.) und um die Sanierung des Schornsteines bzw. des Schornsteinkopfes.

Bei den einzelnen Themen kam es zu zahlreichen, teilweise besorgten Wortmeldungen, die alle von Herrn Giesges und Herrn Waldow kompetent beantwortet werden konnten. Hierbei offenbarte sich die Besorgnis der Kollegen, dass durch die zahlreichen gesetzlichen Änderungen Gebührenerhöhungen wohl nicht auszuschließen sind und von den Referenten auch mehr oder weniger, be-

dingt durch die anstehende Liberalisierung des Schornsteinfegerwesens und etlicher neuer Prüfungen auf Basis des neuen Immissionsschutzgesetzes, bestätigt wurden.

Durch dieses Referat ist uns mal wieder vor Augen geführt worden, dass der Gesetzgeber unter dem Deckmantel des Umweltschutzes den Einzelnen unter dem Strich finanzielle Mehrbelastungen aufbürdet und sich somit im Kontext befindet mit den Abzockern der Stromindustrie, den Ölspekulanten, den gesetzlichen Krankenkassen, den städtischen Gebührenerhöhungen für Abwasser usw.

Hierbei handelt es sich im Einzelnen immer nur um ein „paar Euro“ Mehrbelastung pro Jahr, aber in der Masse gesehen ist für uns Pensionäre damit schon lange die Schmerzgrenze überschritten.

Wolfgang Stanger

RECHT

Anwaltskosten der Vermieter nicht immer gerechtfertigt!

Gewerblicher Großvermieter erhält Anwaltskosten für Kündigungsschreiben nicht ohne Weiteres erstattet! Der BGH hat entschieden: Der Vermieter muss eine „einfache“ Kündigung selbst aussprechen können.

Ein gewerblicher Großvermieter, der erforderliche Kündigungen durch seinen Anwalt aussprechen lässt, hat keinen Anspruch auf eine Erstattung von Rechtsanwaltskosten. Jedenfalls gilt dies in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht in gelagerten Fällen. Dabei kann dem Vermieter durchaus zugemutet werden, ein Kündigungsschreiben ohne anwaltliche Hilfe zu schreiben. Beauftragt er trotzdem einen Anwalt, so müssen die dadurch entstehenden Kosten vom Mieter nicht erstattet werden. So hat der Bundesgerichtshof

in seinem Urteil vom 6. 10. 2010 entschieden (VIII ZR 217/09). Der Großvermieter wurde darauf hingewiesen, dass es zur Wahrung und Durchsetzung seines Rechts nicht erforderlich und zweckmäßig ist, die Kosten vom Mieter als Verzugsschaden ersetzt zu bekommen. In dem konkreten Fall hatte die beklagte Mieterin eine Wohnung aus dem Bestand des Unternehmens der Wohnungswirtschaft gemietet, geriet dann mit zwei Monatsmieten in Rückstand, worauf der Vermieter mit anwaltlichem Schreiben die fristlose Kündigung des Mietvertrages aussprechen ließ. In dem darauf folgenden Räumungsverfahren begehrte der Vermieter die rückständige Miete, die sofortige Räumung und die Zahlung der durch das Kündigungsschreiben entstandenen Anwaltskosten in Höhe von 400,- €. Die Klage auf Zahlung der Anwaltskosten wurde über drei Instanzen

abgewiesen, mit der Kernaussage im Urteil, dass es sich um einen einfach gelagerten Fall handelt und der gewerbliche Großvermieter deshalb für die Abfassung einer auf Zahlungsverzug gestützten Kündigung keiner anwaltlichen Hilfe bedarf. Das gelte, so der BGH, auch dann, wenn der Vermieter nicht über eine eigene Rechtsabteilung verfüge.

Was der BGH dabei unter einfach gelagertem Fall versteht, ist unklar! Und wie der BGH entscheiden würde, wenn schon formale Mängel wie z. B. die Feststellung der Identität der Mietvertragsparteien sowie die Zustellung der Kündigung an den jeweiligen Mieter vorliegen, bleibt offen.

*Nicole Mertgen
Rechtsanwältin,
Schwerpunkt Miet- und WEG Recht,
www.bauen-und-wohnen.org*





Wichtige Info

Bremerhaven, Februar 2011

UBV – Möllring! Linnert! Sechs, setzen!

UBV, was ist das denn, fragt sich der ältere Mitmensch. UBV steht für Umgangsformen, Benehmen, Verhalten. Ein Schulfach, das 2003 in Bremen eingeführt wurde. Okay, zu spät für Herrn Möllring und für Frau Linnert, was nicht bedeutet, dass wir deren Unanständigkeit akzeptieren müssten.

Aber Holla! Die Verhandlungsführer der Länder sind unanständig?

Wikipedia bezeichnet „Anstand“ knapp als die Form des menschlichen Miteinanders und stellt dann eine Beziehung zu dem Begriff „Umgangsformen“ her. Als gute Umgangsformen, Etikette, Guten Ton, Anstand, Betragen oder Manieren bezeichnet man diejenigen Verhaltensregeln, die dazu dienen sollen, das menschliche Zusammenleben möglichst reibungslos und angenehm zu machen. Die Umgangsformen können je nach Kulturkreis oder sozialem Umfeld erhebliche Unterschiede aufweisen. Sie sind oft identitätsstiftendes Symbol der jeweiligen Gruppe.

Danke, Wikipedia!

Die Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes gehen erneut in Tarifverhandlungen, ohne ein Angebot zu machen! Erneut wird damit eine Botschaft ausgesprochen, wie sie deutlicher nicht sein kann. Die Ansprüche der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die Ansprüche derjenigen, die dieses von den Arbeitgebern erschaffene höchst komplizierte Staatsgebilde am Laufen halten, werden ignoriert. Man zeigt sich angeödet von der Unverfrorenheit der aufmüpfigen Domestiken, die es wagen, ein Angebot von drei Prozent plus einem Sockelbetrag von 50.- Euro zu unterbreiten.

Mit ihrem Verhalten geben die Öffentlichen Arbeitgeber ein gesellschaftspolitisches Zeichen, wie es schlimmer nicht sein könnte: Schaut her, so geht man mit Arbeitnehmern um!

Wenn Umgangsformen tatsächlich identitätsstiftend sind, dann möchte ich mich zur Identität unserer Arbeitgebervertreter lieber nicht äußern!

Aber ich möchte an alle unsere Mitglieder appellieren. Unsere Arbeitgeber hatten keinen UBV-Unterricht, und ihre Kinderstube scheint unter dem dichten Mantel ihres Alters und der Arroganz ihrer Macht in Vergessenheit geraten zu sein. Wir müssen gemeinsam dazu beitragen, diesen Mitmenschen auf eine angemessene Art Höflichkeit, Fairness und Respekt zu vermitteln. Wenn uns das nicht gelingt, etwa weil wir zu bequem sind, weil wir uns nicht aufrufen können und glauben, Schreiben wie diese würden ausreichen, etwas zu verändern, müssen wir uns auch nicht wundern, wenn Menschen ohne Anstand auf diese Art und Weise mit uns umgehen.

So wie es jetzt aussieht, wird die große Kundgebung der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes am 3. März in Bremen stattfinden. Begleitet uns dorthin. Die Details – Zeiten, Treffpunkt usw. - werden wir Euch zeitnah mitteilen.

